

Pressemitteilung vom 13.05.2011

Waldstrategien der Bundesregierung nicht mehr zeitgemäß

Forstausschuss des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Im Rahmen der turnusmäßigen Sitzung des Gemeinsamen Forstausschusses Deutscher Kommunalwald der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, trafen sich die Vertreter der kommunalen Waldbesitzer im Deutsche Städte- und Gemeindebund am 10.05.2011 in Suhl.

Ziel der Sitzung war die Erörterung aktueller forstpolitischer Schwerpunkte zur Waldstrategie 2020 der Bundesregierung unter Einbeziehung des zuständigen Referatsleiter im BMELV, Peter Lohner. Als Vorsitzender des Sächsischen Waldbesitzerverbandes und Bürgermeister der Forststadt Tharandt vertrat Herr Ziesemer die Interessen der kommunalen Waldbesitzer Sachsen.

Hauptthema waren die seitens des Naturschutzes immer wieder unbegründet gestellte Forderungen nach immer mehr Flächenstilllegungen im Wald, welche im Kontext einer gewollten Energiewende als kontraproduktiv anzusehen sind. Nachwachsende Rohstoffe bilden das Rückgrat der seit Jahren aus den Reihen des Naturschutzes postulierten Energiewende. Jetzt soll dies alles nicht mehr gelten. Die Forstwirtschaft investiert Unsummen in eine naturnahe Waldbewirtschaftung, hat über Generation die jetzt als schützenswert angesehenen Waldbestände erhalten und soll jetzt Flächen stilllegen. Der einseitigen Forderungspraxis des Naturschutzes muss widersprochen werden. Wer saubere Energien möchte, muss auch dementsprechend Kompromisse eingehen. Oder sollen vermehrt landwirtschaftliche Flächen anstatt für Nahrungsmittel als Energieplantagen dienen. Gleichzeitig sollte sich der Naturschutz auch der Frage stellen, ob mit Restriktionen in Deutschland nicht dem Raubbau anderswo Vorschub geleistet wird.

Die im Rahmen der Sitzung erfolgte Stellungnahme und Positionierung des Gemeinsamen Forstausschusses Deutscher Kommunalwald der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände entnehmen Sie der zusammengefassten Presseerklärung. Den kompletten Text finden Sie unter: www.dstgb.de/dstgb/Pressemeldungen/

„Wer die Abschaltung von Atomkraftwerken fordert, darf den Wald als wichtige Energiequelle und Energielieferanten nicht ausschalten“, so die Forderung der Vertreter des Deutschen Kommunalwaldes anlässlich ihrer Bundestagung in Suhl. „Dabei ist die energiepolitische Bedeutung des Waldes in Politik und Forstwelt scheinbar noch nicht angekommen. Bei der Bundesregierung, den Ländern und Landesforstverwaltungen, aber auch in der Politik und forstlichen Verbänden herrscht zur Zeit noch sprichwörtliches Schweigen im Walde, was die aus dem angekündigten Atomausstieg zu ziehenden Konsequenzen für die nationale Waldpolitik anbelangen und wie der Widerspruch zwischen vermehrter Nutzung nachwachsender Rohstoffe als Energieträger und der weiteren Ressourcenverknappung aufgelöst werden könnte. Während den Atomkraftbetreibern gerade der Stecker aus der Stromdose gezogen wird, werden landauf und landab die wertvollen holz- und energieliefernden öffentlichen Forstbetriebe über

politische Setzungen in Nationalparke, Wildnisgebiete und Zertifizierungsvorschriften großflächig in Märchenwälder und mithin energiepolitische „Nullflächen“ umgewidmet“, kritisiert der Vorsitzende des Gemeinsamen Forstausschusses der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände „Deutscher Kommunalwald“ Verbandsdirektor Winfried Manns (Mainz) Bestrebungen der Bundesregierung und des Naturschutzes, weite Teile der Wälder Deutschlands aus der forstlichen Nutzung zu nehmen.